



ceps

#02/17

JUNI 2017

Philanthropie

Center for Philanthropy Studies (CEPS), Universität Basel
Steinengraben 22, CH-4051 Basel
Tel.: +41 61 207 23 92, Fax: +41 61 207 23 93, E-Mail: ceps@unibas.ch
www.ceps.unibas.ch

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser



Die Zivilgesellschaft wird in der politischen Landschaft häufig nur dort wahrgenommen, wo sie als Protest gegen bestehende Strukturen oder im Einsatz für Benachteiligte auftritt.

Auch wird der Ruf nach Zivilgesellschaft, wie gerade in den USA zu beobachten, immer dann laut, wenn eine hohe Unzufriedenheit mit der demokratischen Führung besteht. Ohne Zweifel hat die Zivilgesellschaft die Funktion eines politischen Korrektivs. Aber sie sollte nicht nur darauf reduziert werden.

Ebenso wichtig ist die Beteiligung der zivilgesellschaftlichen Organisationen in der Entwicklung und Umsetzung von politischen Weichenstellungen. Die Komplexität der politischen Geschäfte erfordert heute eine frühzeitige Mitwirkung von Experten – nicht nur aus Verwaltung und Unternehmen, sondern gerade auch aus Nonprofit-Organisationen (NPO). Gleiches gilt auch in Bezug auf die Umsetzung politischer Entscheide.

Die Kooperation zwischen Staat und NPO ist ein Erfolgsgarant der Demokratie. Sie trägt zu Stabilität bei, erhöht die Akzeptanz und ermöglicht eine raschere Umsetzung. Diese Vorteile überwiegen häufig genannte Kritiken wie fehlende Transparenz oder finanzielle Abhängigkeiten von Privaten. Insofern ist in Zukunft noch mehr Interaktion zwischen Politik, NPO und Wirtschaft wünschenswert.

Ich wünsche eine anregende Lektüre,
Ihr Georg von Schnurbein

INHALT

Stellenwert der Zivilgesellschaft	01
Politischer Kontext in den USA	02
Interview mit Josha Frey	03
Schweizer Stiftungsreport	04
Kalender	04

Die Rückkehr zivilgesellschaftlichen Handelns?

Die Politlandschaften in Europa und Amerika verändern sich zurzeit radikal. Traditionsparteien versinken in der Unbedeutsamkeit, politische Outsider erreichen grosse Erfolge, die besprochenen Inhalte verändern sich. Gestärkt aus dieser Unsicherheit hervorgehen kann jedoch die Zivilgesellschaft. Ein Beitrag von Prof. Dr. Sandro Cattacin, Universität Genf.

Erstaunt stellen wir fest, dass viele traditionelle Parteien krisengeschüttelt sich zu erneuern versuchen oder verschwinden, und dass neue politische Subjekte sich formieren, die nicht nur bestehende Machtpositionen infrage stellen, sondern auch genügend Zulauf erhalten, um die politische Agenda mitzubestimmen. So sind zum Beispiel die drei gewichtigsten Parteien Nachkriegsitaliens verschwunden, die sozialistische Partei Frankreichs redimensioniert aus den letzten Wahlen hervorgetreten, die Republikaner in den USA von Trump instrumentalisiert, die Tories durch den Brexit gespalten, die deutschen Massenparteien von der AfD herausgefordert. Auch die Linke und die Rechte in der Schweiz haben sich gewandelt: Die Partei der Arbeitenden ist heute eine liberale, urbane Partei, während sich die Rechte konservativ neuformiert.

Die Parteienlandschaft hat sich radikal verändert, wenn nicht im Namen der Parteien, dann zumindest in den Inhalten, die sie vertreten. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts und vermehrt in der Nachkriegszeit liessen sich die meisten Konfliktlinien auf die Unterscheidung von Kapital und Arbeit zurückführen. Politik arrangierte sich, den Reichtum der Nachkriegszeit korporatistisch zu verwalten und diesen fair zu verteilen, und zwar in die Verbesserung der Arbeitsbedingungen durch die Mittelstandsideologie für alle, in die Infrastrukturen des Kapitalismus und schliesslich in den Staat und seine Verwaltung.

Wachstum war die Konsequenz und

später, wie der Club of Rome 1972 feststellte, auch das Problem. Das sterile Wachstum der Wirtschaft und der Löhne, aber auch das Wachstum des Staates, der Korporatismus und Fordismus führten zur Abnahme der Innovationsfähigkeit der Gesellschaft. Das ganze Wachstumsmodell basierte auf Erfindungen des beginnenden 20. Jahrhunderts und deren Verbreitung. Die kritische Begleitung der Politik durch zivilgesellschaftliche Akteure war seit dem 2. Weltkrieg und bis Ende der 1960er-Jahre auf Eis gelegt.

Erst die Wirtschafts-, Werte- und Regierungskrise der 1970er rief neue zivilgesellschaftliche Akteure auf den Plan, die sich kritisch gegenüber dem Staat, der kontrollierten Wirtschaft und der Mittelstandsgesellschaft äusserten. Seither und beschleunigt seit den 1980er-Jahren zerbröckelt das alte kooperative Modell, das Kapital und Arbeit unterscheidet und immer neue Spaltungen treten auf, die dieses ersetzen; zuerst «Wachstum gegen Ökologie», dann «Kollektivismus gegen Individualismus» und seit zwei Jahrzehnten «Schliessung gegen Öffnung».

Parteilpolitisch gedreht befinden wir uns in einer politischen Situation, die konservative, nationalistische und protektionistische gegen liberale, urbane, solidarische Kräfte antreten lässt. Trump gegen Clinton, Le Pen gegen Macron sind solche typische Antagonismen, die uns die Jahre der Zusammenarbeit zwischen Unternehmer- und Arbeiterver-

trehenden vergessen lässt – aber damit auch die ganze Sozialstaatsentwicklung und Wirtschaftsförderung.

In Erinnerung rufen diese neuen politischen Konfliktlinien dagegen das 19. Jahrhundert, das, vor dem Hintergrund des Arbeiterkonflikts, durch die Auseinandersetzungen zwischen Konservativen und Liberalen gekennzeichnet war – das Jahrhundert der zivilgesellschaftlichen Mobilisierungen und Revolutionen.

Die Mobilisierungen des 19. Jahrhunderts haben Freiheit, Demokratie, aber auch Krieg gebracht. Der Kampf um Hegemonie ging in den Weltregionen verschieden aus. Mal gewannen die Konservativen, mal die liberalen, auf Grundrechte und -freiheiten pochenden Revolutionäre. Doch führte der Krieg und der Wiederaufbau zu einer Abnahme zivilgesellschaftlichen Handelns – aus Staatsräson oder schlicht und einfach aufgrund der Unterdrückung von Protest. Zivilgesellschaft war suspekt – die staatliche Instanzen sowie die Privatwirtschaft sollten sich um das Wohlergehen der Gesellschaft kümmern.

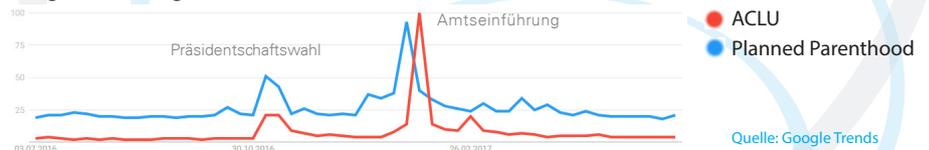
Doch seither steht der Sozialstaat in der Kritik, genau wie die entfesselte Wirtschaft. Und sollte diese Parallele zwi-

Gegen den Strom

Politische Veränderungen und unklare Rahmenbedingungen können NPO in ihrer Arbeit behindern, sie können aber auch positive Effekte auf die Bekanntheit und die Spendeneinnahmen von NPO haben. Nach der Wahl Donald Trumps konnten

NPO, die sich in Themengebieten engagieren, welche in der neuen Administration gefährdet sind, grossen Zuwachs im Fundraising und im öffentlichen Interesse beobachten. Beispiele sind die NPO Planned Parenthood und ACLU.

Google-Suchanfragen seit Juli 2016 in den USA



schen dem 19. und 21. Jahrhundert stimmen, stehen wir erneut vor einer grossen Mobilisierung, die zivilgesellschaftlich getragen sein wird. Zeichen dafür gibt es viele: laufend entstehen neue Denkfabriken, bisher wenig politisierte Teile der Bevölkerung mobilisieren sich über soziale Medien, aber auch über Kundgebungen und konkrete Aktionen. Bei diesen Mobilisierungen stehen Werte im Wettbewerb, die um Hegemonie kämpfen. Ob der «Untergang des Abendlandes»,

den etwa Pegida heraufbeschwört, oder doch die spontanen «welcome groups» in Städten dabei die Oberhand gewinnen, wird sich zeigen. Sicher ist, dass die Zukunft seit langem nicht mehr so offen war – und es bleibt uns nur zu hoffen und dafür einzustehen, dass das aktuelle zivilgesellschaftliche Erwachen uns in eine Ära neuer Freiheiten und nicht in Kriege führen wird.

Prof. Dr. Sandro Cattacin ist Professor für Soziologie an der Universität Genf. Er leitet das Institut des Recherches Sociologiques.

Der dritte Sektor in den USA: Reaktionen auf einen neuen politischen Kontext

Nachdem im Januar 2017 Donald Trump zum 45. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika gewählt wurde, haben sich nicht nur Unternehmer und Politiker gefragt, was nun auf sie zukommen wird. Auch Stiftungen und NPO erwarten einige Veränderungen im Bezug auf ihre Aktivitäten.

Die Wahl Donald Trumps beschäftigt auch NPO. So berichtet zum Beispiel der «Charity Navigator», eine Watchdog-Organisation aus den USA, dass nach der Ankündigung der geplanten Einreisesperre für Bürgerinnen und Bürger einiger arabischer Länder Organisationen, die sich auf Immigrationsanliegen spezialisiert haben oder sich um Flüchtlinge kümmern, mit Interessensbedenkungen überflutet wurden.

Nun ist der neue Präsident bereits seit mehreren Monaten im Amt und viele Organisationen ziehen eine erste Bilanz. Die jüngsten Ergebnisse zur Befindlichkeit von Stiftungen hat das Center for Effective Philanthropy (CEP) Ende April in einem Bericht über die Reaktionen von amerikanischen Stiftungen auf den neuen politischen Kontext publiziert. Gemäss ihrer Umfrage unter Direktoren von Förderstiftungen mit einer Ausschüttungssumme von mindestens 5 Millionen US-Dollar pro Jahr schaut die Hälfte der befragten Stiftungen der Zukunft eher negativ entgegen. Meist genannter Grund hierfür ist, dass die Ziele und Werte der neuen

Administration nicht mit jenen der Stiftung übereinstimmen. Eine weitere Sorge ist die Unsicherheit bezüglich steuerrechtlichen Änderungen, die eine langfristige Planung für Spender erschwert. In einem Interview mit dem Magazin «Forbes» sagt der auf Nonprofit-Recht spezialisierte Anwalt Brent Andrews, dass hier allerdings kein Grund zur Sorge bestehe. Die von Trump geplante Elimination der Erbschaftsteuer könnte sogar zu einem Anstieg an Spenden führen. Grosse Organisationen wie Planned Parenthood oder die American Civil Liberties Union (ACLU) melden einen rekordverdächtigen Zuwachs an Spenden, nachdem sie sich öffentlich gegen Trumps politische Strategie in ihren jeweiligen Tätigkeitsfeldern ausgesprochen haben (siehe Info-Kasten auf dieser Seite).

In Washington hat die Regierung mittlerweile ihren detaillierten Budgetvorschlag an den Kongress überreicht. Nicht nur staatlichen Sozialprogrammen wie Medicaid oder Essensmarken, sondern auch dem Umweltschutz und der Entwick-

lungshilfe sollen weniger Mittel zur Verfügung gestellt werden. Dies stellt den dritten Sektor in den USA unter anderem vor die Herausforderung, die neu entstandenen staatlichen Versorgungslücken zu schliessen. Vertreterinnen und Vertreter diverser Organisationen haben deshalb auch schon eine abwehrende Haltung gegen das geplante Budget eingenommen. Das CEP bestätigt die Annahme, dass in Zukunft zahlreiche NPO und Stiftungen verstärkt Opposition bieten wollen. Über 40 % der befragten Direktoren meinten, dass sie seit der Wahl der neuen Administration ihre Advocacy- und Lobbying-tätigkeiten verstärkt haben.

Doch die Veränderungen in der Politik eröffnen auch Chancen. Laut dem CEP wollen 46 % der Förderstiftungen in Zukunft einen Schwerpunkt auf Kollaborationen mit anderen Stiftungen setzen. Dies bietet neue Möglichkeiten zur Förderung von grösseren Projekten oder Innovationen. Es gilt abzuwarten, welche langfristigen Effekte überwiegen.

Sophie Hersberger

Quelle: <http://research.effectivephilanthropy.org/shifting-winds>

Erfolgreiche Politik braucht NPO

Während die politischen Parteien in Deutschland mit einem Mitgliederschwund konfrontiert sind, erfreuen sich NPO einer wachsenden Beliebtheit. Das CEPS sprach mit Josha Frey, Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg und europapolitischer Sprecher der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen, über das Zusammenspiel von NPO und Politik, die zentrale Rolle der Zivilgesellschaft im gesellschaftlichen Entscheidungsfindungsprozess sowie über die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen des Non-Profit-Sektors.

CEPS: Wo sehen Sie die Rolle von NPO in der aktuellen Politlandschaft?

J.F.: Hierzulande bilden Non-Profit-Organisationen ein gutes Gegengewicht zu den vielen Lobbyverbänden und Vertreterinnen und Vertretern von (wirtschaftlichen) Partikularinteressen. Vor allem wenn sie sich für die Interessen der gesamten Gesellschaft einsetzen und das Gemeinwohl im Sinn haben (z.B. wenn es um den Umwelt- oder Verbraucherschutz geht), stellen sie sicher, dass ihnen der gebührende Stellenwert gegeben wird. NPO bilden eine wichtige Ergänzung zur politischen Ebene. Insbesondere in Staaten, die über schlechte Governance-Strukturen verfügen, sind sie ein gutes Sprachrohr für zivilgesellschaftliche Interessen und Kooperationspartner in der Entwicklungszusammenarbeit.



Josha Frey ist Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg. Er ist europapolitischer Sprecher der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen.

CEPS: Welche Veränderungen beobachten Sie für NPO auf der politischen Ebene?

J.F.: In den letzten Jahren konnten wir die Tendenz beobachten, dass sich Menschen immer weniger langfristig in einer politischen Partei engagieren. Im Zeitraum zwischen 1991 und 2009 mussten die politischen Parteien in Deutschland einen Mitgliederschwund um nahezu 40 Prozent verkraften. Im NPO-Umweltbereich dagegen sind die Mitgliedschaften um 60 Prozent gestiegen.

CEPS: In welchen Bereichen funktioniert die Zusammenarbeit zwischen NPO und Politik besonders gut?

J.F.: Wenn die zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure möglichst früh in transparente Entscheidungsprozesse eingebunden werden, funktioniert das Zusammenspiel besser. Wenn Möglichkeiten und Ziele der aktiven Beteiligung klar kommuniziert werden, beteiligen sich die Menschen gerne und die Zusammen-

arbeit bringt letztlich gute Ergebnisse für beide Seiten. In meiner Heimat, im Dreiländereck zwischen Deutschland, Frankreich und der Schweiz, kann ich die Vorteile einer umfassenden Bürgerbeteiligung oft wahrnehmen. In Deutschland können wir jedoch von unseren Schweizer Nachbarn noch einiges in Sachen Mitwirkung lernen.

CEPS: Wächst die Bedeutung der Zivilgesellschaft gegenüber der Politik?

J.F.: Die deutsche Politik hat erkannt, dass es bei vielen Prozessen förderlich sein kann, wenn die Zivilgesellschaft aktiv einbezogen wird. Wenn die Politik als «Black Box» agiert wird Politikverdrossenheit geschürt und die Menschen entwickeln sich zu «Wutbürgern». Mit einer gut strukturierten Bürgerbeteiligung hingegen können Ergebnisse verbessert und Konflikte gemildert werden. Zu diesem Ergebnis kommt auch die Studie «Demokratie-Monitoring 2013 / 2014», welche von der Landesregierung in Auftrag gegeben wurde. Darin heisst es, dass frühe, offene und verbindliche Beteiligungsprozesse sowohl die demokratische Kompetenz der Bevölkerung fördern, als auch die Bereitschaft stärkt, sich aktiv in Beteiligungsverfahren einzubringen.

CEPS: Welche Chancen und Risiken birgt das politische Klima für NPO?

J.F.: Eine grosse Bedrohung für das politische Klima allgemein, aber für die Arbeit von NPO im Besonderen, bildet meiner Meinung nach die Beeinflussung der Bevölkerung durch das gezielte Streuen von Falschnachrichten, sogenannter «Fake News». Im Bereich des Klimaschutzes ist dies beispielsweise gerade sehr gut zu beobachten, wenn man sich näher mit den Aussagen Donald Trumps zum Klimawandel befasst. Die Arbeit von Non-Profit-Organisationen wird durch «Fake News» zusätzlich erschwert, da sie erst einmal – meist mit weniger gut ausgestattetem Personal und weniger stark ausgebauten Strukturen als die Verbreiter der Falschnachrichten – mit diesen um die Deutungshoheit kämpfen müssen.

In Zukunft werden wir sehr viel mehr um vermeintliche Wahrheiten streiten als um tatsächliche politische Ziele und den Weg dorthin.

CEPS: Wie wird sich die Zusammenarbeit zwischen NPO und Politik in Zukunft verändern?

J.F.: In meinen Augen sollte sich die Zusammenarbeit zwischen NPO und der Politik in der Zukunft weiter auf einer persönlichen Ebene verstärken. Wie bereits erwähnt, werden politische Entscheidungen in der Regel besser, wenn auf die konkreten Anliegen der Bevölkerung eingegangen wird. Darüber hinaus ist es wichtig, dass wir als Politikerinnen und Politiker die Interessen der gesamten Gesellschaft vertreten und nicht die Partikularinteressen einiger weniger Gruppen. Dazu ist die Anhörung von und Zusammenarbeit mit Non-Profit-Organisationen unerlässlich.

CEPS: Herzlichen Dank!

CEPS INSIGHT

CEPS Publikationen

Die CEPS-Forschung schlägt sich in diversen Publikationen nieder, unter anderem: [Benefits and Drivers of Nonprofit Revenue Concentration](#) in Nonprofit and Voluntary Sector Quarterly, [Finanzierung und Wachstum von Nonprofit-Organisationen](#) in Die Unternehmung und [Impact of the EU Structural Funds on Financial Capacities of Non-profit Organizations](#) in VOLUNTAS: International Journal of Voluntary and Nonprofit Organizations. Eine Übersicht unserer Publikationen findet sich auf der CEPS Webseite.

<https://ceps.unibas.ch/publikationen/>

Personelle Änderungen am CEPS

Marybel Perez und Felix Bartos verlassen auf Ende Juli 2017 das CEPS. Wir wünschen ihnen für die Zukunft nur das Beste. Zugleich freuen wir uns, mit Alice Hengevoss und Nicholas Arnold zwei neue Wissenschaftliche Mitarbeitende am Institut begrüssen zu dürfen.

<https://ceps.unibas.ch/ueber-das-ceps/team/>

Schweizer Stiftungsreport 2017

Der Schweizer Stiftungssektor führt sein langjähriges Wachstum fort. Eine Entwicklung, die sich im neuen Stiftungsreport sowohl für die Deutschschweiz, wie auch für die Romandie beobachten lässt.



Aufgrund der ausbleibenden Zinserträge nahm die Zahl der Liquidationen leicht zu: 2015 lösten sich 160 Stiftungen auf, im letzten Jahr stieg die Zahl leicht auf 168. Da 349 Stiftungen neugegründet wurden – 14 mehr als im Vorjahr – wies der Stiftungssektor allerdings ein grösseres Netto-Wachstum aus als 2015. Zudem scheint die Welle an Liquidationen angesichts der Hoffnung auf wachsende Zinsen wieder abzunehmen. Spitzenreiter bei der Anzahl neuer Stiftungen (48) und beim Netto-Wachstum (40) ist der Kanton Genf; eines der Zeichen für die wachsende Bedeutung des Stiftungssektors in der Romandie.

Der Stiftungsreport 2017 widmet der Romandie einen Regionenfokus, der sich eingehend mit dem Stiftungsplatz auseinandersetzt. Hatte die Welschschweiz noch bis vor wenigen Jahren einen eher stiftungsunfreundlichen Ruf, liegt sie nun mit 18,9 Stiftungen auf 10'000 Einwohner über dem schweizerischen Durchschnitt. Begründet wird diese Entwicklung mit der stärker vorangetriebenen Vernetzung zwischen Stiftungen und der merklich verbesserten Kooperation zwischen Stiftungen und Behörden. Eine enge Zusammen-

arbeit zwischen dem dritten Sektor und der öffentlichen Hand ist naheliegend: landesweit betrachtet überschneiden sich die primären Handlungsfelder von Stiftungen mit jenen der öffentlichen Hand. 81.9 % der schweizerischen Stiftungen agieren in den Bereichen Kultur & Freizeit, Sozialwesen sowie Bildung & Forschung und orientieren sich so an bestehenden gesellschaftlichen Problemen. Weitere Ergebnisse des Stiftungsreport 2017 sind online verfügbar unter www.stiftungsreport.ch

Felix Bartos

QUARTALZAHL:

13'172

Die Zahl der Stiftungen wächst weiter: 13'172 gemeinnützige Stiftungen gab es 2016 in der Schweiz. Die höchste Stiftungsdichte weist der Kanton Basel-Stadt auf, mit 46 Stiftungen pro 10'000 Einwohner. Die Durchschnittsdichte von 15.8 Stiftungen pro 10'000 Einwohner ist in der Schweiz leicht tiefer als 2015. Dennoch weisen in Europa nur Ungarn (16.2) und Liechtenstein (331.3) eine höhere Stiftungsdichte auf.

Quelle: Schweizer Stiftungsreport 2017

Grossspenden

Immer mehr Fundraiser setzen den Fokus auf Grossspenden. Ein neues Buch bietet Unterstützung mit Tipps und Strategien.



Das Akquirieren von Grossspendern gilt in den USA als Königsdisziplin des Fundraisings. Im deutschsprachigen Raum spielte dies lange Zeit keine bedeutende Rolle, was sich nun allerdings zunehmend verändert. Dr. Marita Haibach und Jan Uekermann, Inhaber des Major Giving Institute, haben diesen Trend erkannt. In ihrem Buch «Grossspenden-Fundraising – Wege zu mehr Philanthropie» spannen die Autoren den Bogen von den theoretischen Grundlagen des Major-Donor-Fundraisings bis zur praktischen Umsetzung mit konkreten Instrumenten und Methoden. Dabei werden u.a. auch ethische Aspekte, mögliche institutionelle und rechtliche Schwierigkeiten sowie personelle und strukturelle Rahmenbedingungen diskutiert. Als Basis dienen ihnen Interviews mit Fundraising-Experten und Grossspendern. So werden nicht nur die Perspektiven des Fundraisers, sondern auch die Wünsche und Motive von potentiellen Gönnern beleuchtet. Herausgekommen ist ein detailliertes, übersichtliches Grundlagenwerk, welches mit zahlreichen praxisnahen Empfehlungen und Hintergrundinformationen einen komplexen Bereich fassbar und verständlich macht.

Felix Bartos

KALENDER

Aktuelle CEPS Weiterbildung:

CAS Kommunikation & Wirkungsmessung in NPO

Modul 1: 21. - 24. August 2017, Oberhofen
Modul 2: 11. - 13. September 2017, Basel
Modul 3: 16. - 19. Oktober 2017, Basel

Philanthropie am Morgen

26. Oktober 2017, Basel

Intensiv-Lehrgang Finanzmanagement

30. Oktober - 3. November 2017, Gunten

Intensiv-Lehrgang Stiftungsmanagement

5. - 9. März 2018, Sigriswil

CAS Nonprofit Governance & Leadership

Modul 1: 9. - 12. April 2018, Sigriswil
Modul 2: 14. - 16. Mai 2018, Basel
Modul 3: 4. - 7. Juni 2018, Basel

WEITERE TERMINE

ERNOP

ERNOP Conference 2017
13. - 14. Juli 2017, Kopenhagen

Stiftungsstadt Basel

7. Basler Stiftungstag
29. August 2017, Basel

Zewo

Zewo-Tagung
13. September 2017, Bern

Schweizer Stiftungstag

Schweizer Stiftungstag 2017
8. November 2017, Basel

IMPRESSUM

HERAUSGEBER



Universität
Basel



Center for Philanthropy Studies,
Steinengraben 22, 4051 Basel
www.ceps.unibas.ch

REDAKTION

Felix Bartos (felix.bartos@unibas.ch)
Nicholas Arnold (n.arnold@unibas.ch)

LAYOUT & BILDNACHWEIS

a+ GmbH, Steffen Bethmann
© Fotolia/mdaake
© CEPS 2017

Online verfügbar unter:
www.ceps.unibas.ch/service/philanthropie-aktuell-abonnieren/